



Positionspapier

Änderungen beim Länderfinanzausgleich notwendig

Herausgeber:

Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Telefon 0 89/12 43-2 42, -2 44, Telefax 0 89/1 29 85 31
ju@ju-bayern.de

Junge Union Baden-Württemberg - Landesgeschäftsstelle

Hasenbergstraße 49 b, 70176 Stuttgart
Telefon 0711/ 66 90 453, Telefax 0711/ 66 90 445
lgs@ju-bw.de

1 Nach dem Grundgesetz sind die Länder der Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet mit
2 Ausgleichszahlungen Länder mit niedrigem Steueraufkommen zu unterstützen. Im Gebiet der
3 Bundesrepublik Deutschland sollen gleichwertige Lebensbedingungen gesichert werden.

4
5 Aktuell stehen den 4 Geberländern, zu denen auch der Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg
6 gehören, 12 Bundesländer gegenüber, die vom Länderfinanzausgleich profitieren. Bayern hat dabei alleine
7 im Jahr 2011 mit über 3,6 Mrd. Euro über die Hälfte des Länderfinanzausgleichs alleine finanziert. Baden-
8 Württemberg ist das einzige Bundesland, das von Beginn an zu dem Geberländern beim
9 Länderfinanzausgleich gehört hat. Im Jahr 2011 zahlten das Land 1,8 Mrd. € ein. Seit 1950 zahlte Baden-
10 Württemberg insgesamt über 60 Mrd. € (inflationbereinigt) ein. Angesichts dieser Ausgangslage ist es an
11 der Zeit sich darüber Gedanken zu machen, ob die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung
12 noch gegeben ist, oder ob hier eine Veränderung dringend notwendig ist. Außerdem kommt noch hinzu,
13 dass elf Länder, der vorher genannten Nehmerländer, zusätzlich vom Bund Sonderbedarfs-
14 Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von rd. 15 Mrd. Euro für teilungsbedingte Lasten und für erhöhte
15 Kosten politischer Führung bei kleinen Ländern erhalten.

16
17 Innerhalb der Diskussion um eine Änderung des Länderfinanzausgleiches wird oft als Argument angeführt,
18 dass Bayern selbst in der Vergangenheit zu den Nutznießern des Systems gezählt hat.

19 Wir sehen Bayern als Musterbeispiel für den positiven Wandel weg vom Nehmer- hin zum Geberland. Dies
20 ist auch korrekt, allerdings muss hierbei unbedingt der Kostenumfang erwähnt werden, in dem Bayern
21 vom Länderfinanzausgleich profitiert hat. Bayern hat von 1950 bis 1986 und 1992 Geld aus dem
22 Länderfinanzierungsausgleich erhalten. Auf die heutige Währung umgerechnet waren dies in 38 Jahren
23 insgesamt etwa 3,4 Mrd. Euro, also fast derselbe Betrag, den Bayern alleine im letzten Jahr in den
24 Länderfinanzausgleich eingezahlt hat.

25
26 Seit 1950 hat sich Bayern von einem der ärmsten Länder Deutschlands zu einer Spitzenregion in Europa
27 entwickelt. obwohl ein großer Teil des Freistaats Grenzland zum „Eisernen Vorhang“ war. Dies ist ein
28 Nachteil, den einige Länder nicht hatten, die bis heute auf die Solidarität anderer angewiesen sind, wie z.
29 B. Rheinland-Pfalz.¹

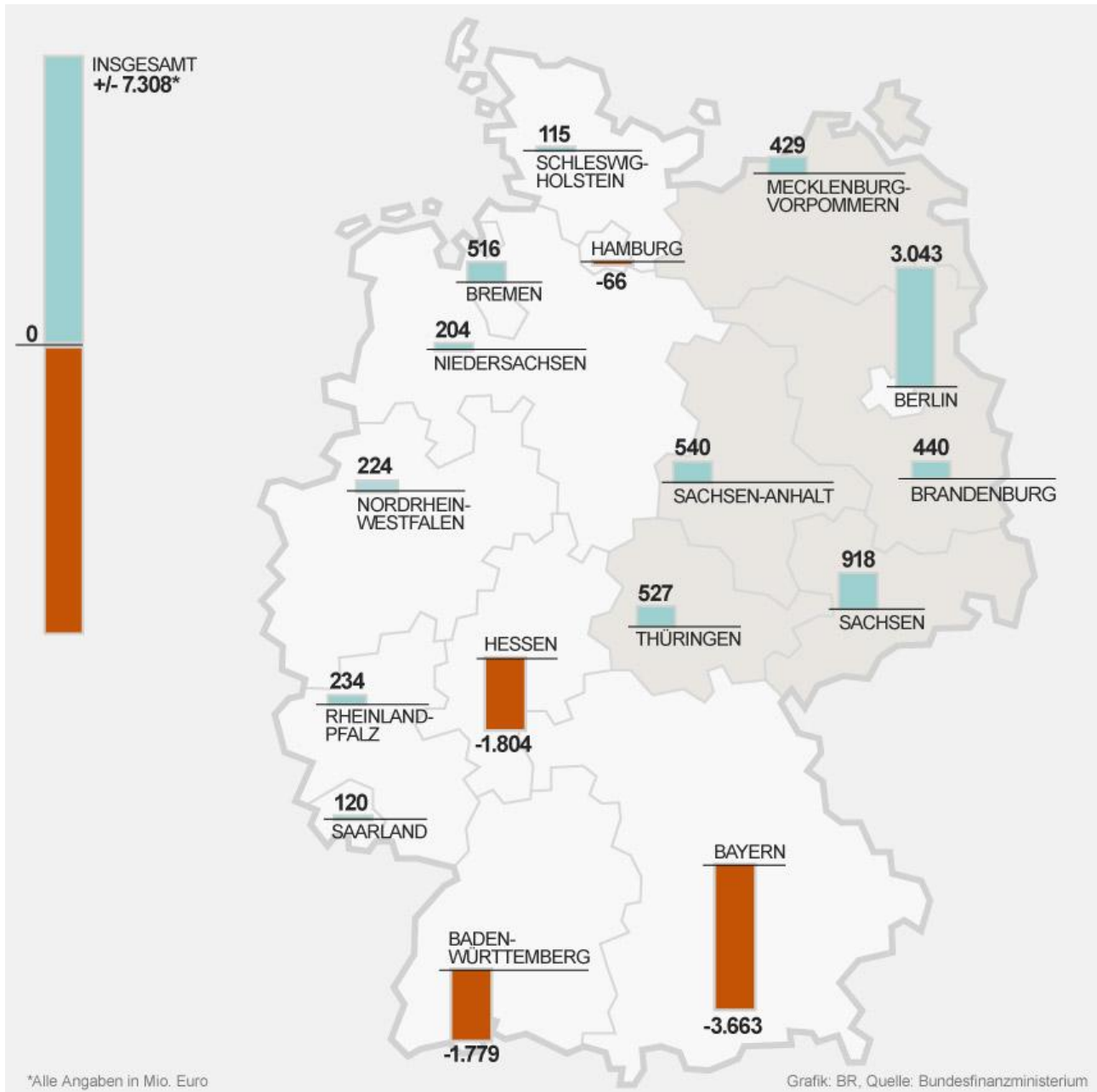
32 **Überblick über die aktuelle Verteilung des Länderfinanzausgleichs**

33 Bayern hat inzwischen mit über 30 Mrd. Euro nahezu das Zehnfache an Finanzausgleichsleistungen an
34 andere Länder bezahlt als der Freistaat bekommen hat. Neben den 3,37 Mrd. Euro in 2009 sind für 2010 3,5
35 Mrd. Euro in den Haushalt eingestellt. Für das Jahr 2011 sind es ca. 3,7 Mrd. Baden-Württemberg und
36 Hessen müssen nach Angabe des bayerischen Finanzministeriums 2011 in den Länderfinanzausgleich
37 jeweils rund 1,8 Milliarden Euro einbezahlen.

38

¹ <http://www.bayernbund.de/index.php?section=aktuelles&id=27>

39 Hamburg ist mit 62 Millionen dabei. Berlin, das an der Spitze der Nehmerländer liegt, bekommt rund 3,1
 40 Milliarden Euro. Sachsen, das sich um eine Haushaltskonsolidierung bemüht, erhält immerhin noch 918
 41 Millionen Euro durch den Finanzausgleich.
 42



43 Diese Grafik zeigt welches Bundesland aktuell wieviel vom Topf des Länderfinanzausgleiches erhält bzw. einbezahlt. (Stand
 44 14.02.12)
 45

46 Aus der obigen Grafik wird deutlich, dass das aktuell bestehende System gravierende Mängel aufweist.
 47 Nicht nur, dass aktuell ein Viertel der Länder die komplette Finanzierung übernimmt, während andere
 48 Länder mit diesen Geldern Leistungen finanzieren, die die Geberländer aus Kostengründen nicht leisten
 49 können. Die neuen Zahlen bestätigen, dass das System des Länderfinanzausgleichs überdehnt wird.²
 50

51

52 Die Landesverbände der Jungen Union Bayern und Baden-Württemberg fordern deshalb die Umwandlung
53 in ein Anreizsystem. Die Bundesländer, die Schulden abbauen oder die Neuverschuldung reduzieren, sollen
54 einen Vorteil aus dem Länderfinanzausgleich haben.

55 Das bestehende System habe aber beispielsweise den Effekt, dass überproportionale Steuereinnahmen
56 der Länder zu stark abgeschöpft werden. Länder, die sich anstrengen, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen,
57 würden dafür nicht belohnt.

58 Mehreinnahmen in den Länderhaushalten Bayerns und Baden-Württembergs schlagen beim
59 Länderfinanzausgleich zu Buche. Je erfolgreicher die beiden Länder hier sind, desto mehr müssen diese
60 bezahlen. Das ist eine Bestrafung und das Gegenteil von Solidarität. In der EU wird ein
61 Sanktionsmanagement etabliert, bei dem Defizitsünder mit Strafen rechnen müssen. Etwas Ähnliches
62 muss in Deutschland geschehen. Wenn sich Griechenland, Portugal und Italien anstrengen müssen, dann
63 werden das Rheinland-Pfalz, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin auch schaffen.

64
65 Die neuen finanzpolitischen Prinzipien der EU könnten den Reformdruck für den Finanzausgleich erhöhen.
66 Es könne durchaus sein, dass diese Prinzipien in einer nächsten Stufe auf die Regionen der Mitgliedstaaten
67 übertragen werden, vielleicht sogar schon vor 2013.³ In die gleiche Kerbe schlägt auch der bekannte
68 Professor Kube, der öffentliches Recht und Steuerrecht an der Johannes Gutenberg Universität in Mainz
69 lehrt. So, wie der derzeit geltende Finanzausgleich die Verteilung der Steuermittel unter den
70 Bundesländern vornimmt, sollte es jedenfalls nicht geschehen, davon ist Kube überzeugt. In einem
71 Gutachten, verfasst für die FDP-Landtagsfraktionen von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, hat er
72 auf 114 Seiten mit 322 Fußnoten dargelegt, warum er das jetzige System für verfassungswidrig hält. Es sei
73 "völlig intransparent", in seinem Aufbau "nicht folgerichtig", Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts
74 würden "schlicht ignoriert", sagt er - und untermauert damit juristisch die in Stuttgart, München und
75 Wiesbaden weit verbreitete Meinung, der Finanzausgleich presse den drei reichen Ländern zu viel des hart
76 verdienten Steuergeldes zugunsten des ärmeren Rests der Republik ab.

77 Der Leipziger Finanzwissenschaftler Thomas Lenk verweist darauf, dass die aus den sechziger Jahren
78 stammende Verteilung von Aufgaben und Steuermitteln zwischen Bund, Ländern und Kommunen der
79 Überholung bedarf. Damals gab es kaum Arbeitslose, und die Unterschiede zwischen den Ländern der
80 alten Bundesrepublik waren geringer. Ziel einer Reform müsse sein, "jede Ebene wieder so auszustatten,
81 dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann", sagt Lenk. Für die Politik stelle sich freilich die Frage, "ob man sich
82 drantraut".⁴

² <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13823803/Fuer-Bayern-ist-Berlin-ein-deutsches-Griechenland.html>

³ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13823803/Fuer-Bayern-ist-Berlin-ein-deutsches-Griechenland.html>

⁴ <http://www.sueddeutsche.de/politik/milliarden-umverteilung-zwischen-den-bundeslaendern-warum-der-laenderfinanzausgleich-so-ungerecht-ist-1.1306240>

83 **Unsere Forderungen**

84 Angesichts der oben beschriebenen Situation fordern die Junge Union Bayern und Baden-Württemberg die
85 Landesregierungen auf, folgende Änderungen in das neue Vertragswerk des Länderfinanzausgleichs ab
86 2019 aufzunehmen:

87

88 1. Der Finanzausgleich ist anreizgerecht auszugestalten, Anstrengungen zur Pflege der eigenen
89 Steuerquellen müssen sich lohnen, sowohl für Empfänger-, als auch für Geberländer. Ein System muss
90 Anreize für eine eigenverantwortliche Finanzpolitik in den Nehmerländern zur Folge haben.

91

92 2. Ein neues System zum Finanzausgleich darf keinesfalls zu einer finanziellen Mehrbelastung für die
93 jetzigen Geberländer führen. Etwaigen Vorschlägen durch Bündnis 90/ Die Grünen, die eine Mehrbelastung
94 alleine des Landes Baden-Württemberg i.H.v. 700 Millionen € jährlich vorsehen, erteilen wir eine deutliche
95 Absage.

96

97 3. Der Finanzausgleich muss effektiver werden, so dass die Länder die empfangenen Mittel zielgerichtet dazu
98 verwenden, um ihre eigene Finanz- und Wirtschaftskraft so zu verbessern, dass sie zukünftig auf
99 Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich nicht mehr angewiesen sind. Die Transferzahlungen an
100 Nehmerländer sollten daher nur noch darlehensweise erfolgen."

101

102 4. Ein Pro-Kopf-Höchstbetrag der ausgehenden Zahlungen bzw. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich
103 verhindert ausufernde Summen sowohl auf Seiten der Geber- wie auch der Nehmerländer."

104

105 5. Angesichts der im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse ist mit Blick auf Art. 29 GG die territoriale,
106 strukturelle und verwaltungseinheitliche Neuordnung der Länder hin zu aus eigener Finanzkraft
107 lebensfähigen Einheiten dringend geboten.

108

109 Als Sofortmaßnahmen im aktuellen Vertragswerk fordern die JU Bayern und Baden-Württemberg bis
110 spätestens 2014:

111

112 5. Eine Deckelung der aktuellen Beiträge für Bayern und Baden-Württemberg auf aktuellem Niveau. (3,7
113 Mrd. für Bayern, bzw. 1,7 Mrd. für Baden-Württemberg)

114

115 6. Sollte eine Lösung im Verhandlungswege nicht möglich sein, muss notfalls der Weg zum
116 Bundesverfassungsgericht beschritten werden.

117

118 **Beschlossen durch die Landesausschüsse der JU Bayern und JU Baden-Württemberg am 13. Mai 2012.**